

Zur Rolle des schlesischen Judentums bei der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens

von

Konrad Fuchs

Zwei Momente haben die Entwicklung der schlesischen, speziell der oberschlesischen Wirtschaft seit dem Ende der Freiheitskriege 1813/14 entscheidend geprägt: Einmal die zur Dominanz gelangende liberale Wirtschaftsform, von der man die freie Entfaltung der Anlagen und Kräfte des einzelnen sowie den ständigen Fortschritt auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sozialordnung erhoffte. Der Liberalismus nämlich, als Wirtschafts-, zudem als Staats- und Gesellschaftslehre im 18. Jahrhundert geformt und im 19. Jahrhundert im Kampf des Bürgertums gegen Legitimus, Feudalismus, Klerikalismus und kirchliche Orthodoxie, Traditionalismus und Obrigkeitsstaat der entscheidende Träger des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates sowie der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, wurzelte in und basierte auf dem Individualismus, der naturrechtlichen Staatsauffassung, dem Rationalismus der Aufklärung, der englischen und französischen Staatstheorie des 18. Jahrhunderts, der reformatorischen Vorstellung von der Gewissensfreiheit, dem deutschen Neuhumanismus und Idealismus sowie der Wirtschaftstheorie der klassischen Nationalökonomie. Die naturrechtliche Lehre, daß der Staat auf einem Gesellschaftsvertrag freier Individuen beruhe, entwickelte sich im Liberalismus zu der Auffassung, daß der Staat lediglich ein Mittel sei, um Sicherheit und Glück des einzelnen zu gewährleisten. Die Beschränkung der Staatsgewalt durch Gewaltenteilung und Grundrechte zur Sicherung einer staatsfreien Sphäre wie auch der Anspruch des einzelnen auf Teilnahme an der Bildung des Staatswillens sowie der Ausübung der Staatsgewalt wurden liberale Grundforderungen. Mit dem Absolutismus, dem Merkantilismus und dem Polizeistaat wurde gleichzeitig der den einzelnen bevormundende Wohlfahrtsstaat verworfen. Vom „freien Spiel der Kräfte“ erhoffte man nicht allein allseitigen Fortschritt, sondern ebenfalls die Entfaltung zu einem ausgewogenen, harmonischen Lebensganzen.

Das zweite prägende Moment resultierte aus dem Stein-Hardenbergschen Reformwerk. In seiner Nassauer Denkschrift vom Juni 1807 hatte Stein bekanntlich zum zweitenmal Vorschläge zur Reorganisation der Staatsbehörden entwickelt und die Mitwirkung weiter Bevölkerungsschichten bei einer Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise und Gemeinden, wie er sie sich vorstellte, verlangt. Und als nach dem Frieden von Tilsit am 10. Juli 1807 auf Empfehlung Napoleons hin Stein durch König Friedrich Wilhelm III. erneut zum Minister berufen wurde, setzte er am 9. Oktober 1807 ein Edikt durch, das bis 1810 etwa zur Bauernbefreiung

führte, die Erbuntertänigkeit für ganz Preußen aufhob und sämtliche Beschränkungen abschaffte.¹

Daß derartige Entwicklungen nicht ohne Einfluß auf den jüdischen Bevölkerungsteil Deutschlands bzw. Preußens und speziell Schlesiens, nicht zuletzt auch Oberschlesiens, bleiben konnten, versteht sich von selbst, zumal der Emanzipationsprozeß des europäischen Judentums damals schon seit langem im Gange war.² So hatten bereits im 17. Jahrhundert in den Niederlanden die aus Spanien und Portugal geflohenen Marranen in hebräischer, spanischer und portugiesischer Sprache eine reiche rationalistische Literatur geschaffen. Eingeleitet durch die Auflösung der Ghettos sowie das Wirken Moses Mendelssohns (1729—1786), begann in Deutschland und darüber hinaus im gesamten westeuropäischen Raum die Anteilnahme der Juden am allgemeinen geistigen, kulturellen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Leben. Die mit der Aufklärung einsetzende Unterordnung der religiösen Lehre unter das Urteil der Vernunft übte innerhalb der jüdischen Religion tiefe Wirkung aus. Zwar ließ sie die Glaubenslehren unberührt, bahnte aber gegenüber religiösen Urkunden, überliefertem Kultus und Zeremonialgesetz eine kritische Einstellung an. Bibel und Talmud verloren im Bewußtsein vieler ihre verpflichtende Kraft. Gleichzeitig suchte man die religiösen Formen den Gebräuchen der Umwelt anzugleichen. Demgegenüber verstärkte sich nunmehr, und zwar unter betonter Anlehnung an die prophetische Verkündigung, das Bewußtsein der Sendung Israels für die Vorbereitung der messianischen Zeit, d. h. der Einheit aller Menschen. Der liberalen Verflüchtigung des Willens zur zeremonialen Handlung setzte die Orthodoxie die Unabänderlichkeit des Religionsgesetzes und der religiösen Formen entgegen; sie suchte dies mit der vollen Anteilnahme am geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart zu vereinigen. Der dialektischen und kasuistischen Tradition der jüdischen Gelehrten entsprechend, wandten sich nunmehr viele der westeuropäischen Forschung auf sämtlichen Gebieten der Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften zu; ihr Anteil an den wissenschaftlichen Leistungen ist bedeutend. Durch die Berliner Salons der Romantik vorbereitet — genannt seien in diesem Zusammenhang die Namen Rahel Varnhagen, geb. Levin (ihr Salon bildete lange den bedeutenden Mittelpunkt des literarischen Berlins), und Dorothea Schlegel, die älteste Tochter Moses Mendelssohns, die in erster Ehe mit dem

1) M. Lehmann: *Freiherr vom Stein*, 2 Teile, Leipzig 1902—1905; F. Schnabel: *Freiherr vom Stein*, Leipzig 1931; G. Ritter: *Stein*, 2 Bde, Stuttgart 1931; W. Gembruch: *Freiherr vom Stein im Zeitalter der Restauration*, Frankfurt/M. 1960; W. Hubatsch: *Stein-Studien*, Köln/Berlin 1975, bes. S. 25—46; ders.: *Die Steinschen Reformen, in: Rechts- und Sozialstrukturen im europäischen Osten*, hrsg. von G. Kleinheyer und B. Stasiowski (Studien zum Deutschtum im Osten, H. 11), Köln 1975, S. 75—95.

2) Vgl. — auch zum Folgenden — L. Baeck: *Das Wesen des Judentums*, Frankfurt/M. 1932; *The Jews. Their history, culture and religion*, hrsg. von L. Finkelstein, 2 Bde, London 1949.

Bankier Simon Veit verheiratet war, ehe sie 1804 Friedrich Schlegel heiratete —, findet man seit dem „Jungen Deutschland“, in zunehmendem Maße seit dem Naturalismus, jüdische Namen in Literatur, Kunst, Musik, Politik und schließlich, aber keineswegs zuletzt, Wirtschaft.³ Als ein Beispiel für den angesprochenen Prozeß auf politischem Gebiet sei Johann Gustav Heckscher genannt. Der 1797 als Sohn eines jüdischen Bankiers in Hamburg geborene Heckscher (bzw. bis zu seiner Taufe im Jahre 1808: Moritz) nahm, wie zahlreiche seiner jüdischen Mitbürger, an den Befreiungskriegen teil, studierte von 1816 bis 1820 Jura, wurde Rechtsanwalt in Hamburg und war daneben publizistisch tätig. Als gemäßigter Liberaler wurde er 1848 Mitglied des Vorparlaments, des Fünfzigerausschusses sowie der Frankfurter Nationalversammlung, in der er der Casinopartei angehörte. Als Justizminister — vom 15. Juli bis 9. August — und Außenminister — vom 10. August bis 15. September — gehörte er 1848 dem ersten Reichsministerium an. Nach dem Waffenstillstand von Malmö am 26. August 1848 trat Heckscher zurück und ging zeitweise als Gesandter nach Turin und Neapel. Von dort zurückgekehrt, bekämpfte er als Mitglied der Großdeutschen Partei das Programm Heinrich von Gagerns. Nach dem Scheitern der Kaiserdeputation 1849 trat Heckscher aus der Nationalversammlung aus; von 1853 bis 1865 schließlich war er hanseatischer Ministerresident in Wien.⁴

Um die Aktivitäten des schlesisch-jüdischen Elements beim oberschlesischen Industrialisierungsprozeß zu charakterisieren, erscheinen die wenigen gegebenen Hinweise auf den Hintergrund, vor dem sie sich abspielten, unverzichtbar, da wohl nur durch dessen Berücksichtigung die Vorgänge entsprechend dargestellt und gewürdigt werden können.

Es wäre sicher falsch, die Wirkungen, die von Schlesiern jüdischer Provenienz ausgingen, derart positiv zu sehen, wie dies von den Emanzipationsentwicklungen und den hieraus resultierenden Erwartungen vermutet werden könnte. Trotz Liberalismus und der von ihm ausgehenden Aufbruchstimmung war nämlich der über Jahrhunderte hinweg propagierte und praktizierte Antisemitismus zu ausgeprägt, als daß jüdische Mitbürger sich ohne Anstände in den Industrialisierungsprozeß Oberschlesiens hätten einschalten können, d. h. daß man ihr Wollen und Können bedingungslos und vorbehaltlos akzeptiert hätte. In dieser Tatsache scheint auch die Begründung dafür zu liegen, daß nach 1763, nach dem endgültigen Übergang des größten Teils von Schlesien an Preußen, jüdische Bürger schlesischer und nicht-schlesischer Herkunft — soweit das bis jetzt feststellbar ist — bei der Industrialisierung zunächst noch nicht nachgewiesen werden können, obwohl es damals für den preußischen Staat außerordentlich schwer war, Menschen in Oberschlesien anzusiedeln, die

3) Vgl. A. Rupp in: Soziologie der Juden, 2 Bde, Berlin 1931/32.

4) Juden im deutschen Kulturbereich, hrsg. von S. Kaznelson. Berlin 1962, S. 937.

bereit waren, sich hier zu engagieren. Eindeutig geht dies aus den Bemühungen der Kriegs- und Domänenkammern hervor, die im Auftrag der Regierung Personen und Institutionen ausfindig machen sollten, die bereit und in der Lage wären, Finanzmittel für die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens bereitzustellen. Das Echo auf die Appelle der Kriegs- und Domänenkammern war äußerst gering; denn nicht wenige Kommunen, Kreise und städtische Departements meldeten Fehlanzeige. Wie verlegen die preußische Regierung hinsichtlich der aufzubringenden finanziellen Mittel war, geht daraus hervor, daß sie die Klöster Schlesiens zu verpflichten suchte, Kuxe zu erwerben — ein wahrscheinlich einmaliger Vorgang in der Wirtschaftsgeschichte. Angesichts dieser Sachlage muß es um so mehr überraschen, daß finanzkräftige jüdische Mitbürger sich nicht engagierten bzw. daß man von seiten der Regierung keine Anstrengungen unternahm, sie zu einem Engagement zu bewegen, es sei denn, man nimmt an, daß die Juden dem Unterfangen der Berliner Regierungsbehörden, in Oberschlesien eine Industrie aufzubauen, keine Chance gaben. Doch gibt es keine derartigen Auslassungen.⁵ Oder wollte man keine jüdische Beteiligung?

Anders sah demgegenüber die Situation nach 1815 aus. Die nunmehr anbrechende Friedenszeit sollte für die in ihren Anfängen stehende Zinkindustrie einen Aufschwung bringen, der die kühnsten Vorstellungen noch übertraf. Der einsetzende Zinkboom, ausgelöst durch die außerordentlich große Nachfrage nach dem neuen Metall, war in erster Linie den Bemühungen privater Unternehmer zuzuschreiben. Die Voraussetzung für die Entfaltung ihrer Aktivitäten bei der Zinkproduktion war 1803 geschaffen worden. In diesem Jahr führte nämlich der Staat die bergordnungsmäßige Bergbaufreiheit für Galmei ein, wohingegen von 1704 bis 1802 das Privileg der Galmeigewinnung bei einer einzigen Familie, der von Giesche, gelegen hatte.

Die Bergbaufreiheit für Galmei, welche die Voraussetzung für die Versorgung der Zinkhütten mit Rohmaterial schuf, sowie der Zinkboom, den die vielseitige Verwendung des Metalls auslöste, riefen in Oberschlesien geradezu ein Gründungsfieber hervor. Und es blieb nicht, was angesichts der Sozialstruktur im oberschlesischen Raum zur damaligen Zeit erwartet werden könnte, auf die adeligen Großgrundbesitzer beschränkt; vielmehr griff es auf die Angehörigen aller Stände über. Dementsprechend befanden sich unter den Antragstellern auch jüdische Mitbürger. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang ihre Position und ihre hieraus rührende Art des Agierens. Eingedenk ihrer gesellschaftlichen Situation fühlten sie sich nämlich — obwohl diese inzwischen eine Wendung zum Besseren erfahren hatte — offenbar doch noch als Bürger zweiter Klasse. Das wird durch die Art der Antragstellung auf Konzessionserteilung durchaus deut-

5) K. Fuchs: Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier, Wiesbaden 1970, S. 49 ff. und 63 ff.

lich. Denn nicht nur hielten sie es für angezeigt, wenn nicht gar unumgänglich notwendig, auf ihre staatsstreuere Gesinnung, guten Leumund sowie die verfügbaren finanziellen Mittel nachdrücklich hinzuweisen; dies war beim Stellen von derartigen Anträgen die Regel, wengleich in den Anträgen von jüdischen Mitbürgern das Moment der Loyalität stärker als allgemein üblich betont wird. Sie versuchten darüber hinaus, der Staatsstreuere einen besonderen Akzent dadurch zu geben, daß sie in den jeweiligen Fällen auf die Teilnahme an den Freiheitskriegen hinwiesen, auch daß sie für die bewiesene Tapferkeit mit Orden ausgezeichnet worden seien und Verwundungen davongetragen hätten.

Unterstellt man, daß die Erinnerung an die Freiheitskriege speziell in Preußen eine patriotische Stimmung hervorrief, die euphorisch genannt werden darf, dann hätten nicht wenige der schlesisch-jüdischen Antragsteller gute Chancen haben müssen, die erbetenen Konzessionen zu erhalten. Doch davon kann aber nicht die Rede sein. Vielmehr war es so, daß die Anträge ungebührlich lange durch die einzelnen staatlichen Instanzen bearbeitet wurden, und dies offenbar vor allem deshalb, weil es sich bei den Antragstellern um jüdische Mitbürger handelte; denn wohl nur daraus erklären sich Randbemerkungen zu den Anträgen wie „Antragsteller ist Jude“, oder daß der Hinweis auf die jüdische Herkunft in den Anträgen unterstrichen und am Rande mit einem Ausrufungszeichen versehen ist. Zusätzliche Auflagen, z. B. die Vorlage von Leumundszeugnissen sowie die langen Verzögerungen bei der Bearbeitung der Anträge, führten nicht selten dazu, daß die Antragsteller schließlich resignierten und ihr Unterfangen aufgaben, falls die Anträge nicht aus irgendwelchen Gründen abgelehnt wurden.⁶

Zwar hat man zu berücksichtigen, daß die preußische Regierung offensichtlich Genugtuung über die Entwicklung der oberschlesischen Zinkindustrie mit ihren positiven Auswirkungen auf das gesamte Revier empfand; sie war aber dennoch nicht blind für die Gefahren, die hieraus erwachsen konnten. Es stand nämlich zu befürchten, daß der allzu schnelle Aufbau neuer Zinkhütten zu einer Überproduktion und damit zu einer Gefahr für das gesamte oberschlesische Gewerbe führen könnte; denn nicht allein der Steinkohlenbergbau als Brennstofflieferant für die Zinköfen hing sehr stark von dem neuen Industriezweig ab und wäre somit auch im Falle einer Zinküberproduktion in Mitleidenschaft gezogen worden, sondern ebenfalls die eisenerzeugende und -verarbeitende Industrie, weil sie vom Aufbau der Hütten bzw. deren Ausrüstung mit Öfen profitierte.⁷ Nachdenklich, wenn nicht gar bedenklich muß es dennoch stimmen,

6) Vgl. hierzu das einschlägige Aktenmaterial im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg: Rep. 121, Nr. 561²; Rep. 121, Nr. 572¹; Rep. 121, Nr. 575¹; Rep. 121, Nr. 573³; Rep. 121, Nr. 562; Rep. 121, Nr. 571²; Rep. 121, Nr. 571⁴; Rep. 121, Nr. 571¹; Rep. 121, Nr. 570¹; Rep. 121, Nr. 577¹; Rep. 121, Nr. 577²; Rep. 121, Nr. 561³; Rep. 121, Nr. 561⁷; Rep. 121, Nr. 561⁶; Rep. 121, Nr. 568; Rep. 121, Nr. 561⁴; Rep. 121, Nr. 569¹; Rep. 121, Nr. 566.

7) F u c h s, Vom Dirigismus, S. 101.

wenn Anträge aus Gründen wie den genannten abgelehnt wurden, da die Ursachen hierfür allzu offensichtlich sind und sich eindeutig aus der dargelegten Situation der jüdischen Mitbürger erklären.

Bis die im 18. Jahrhundert theoretisch vorbereiteten liberalen Grundsätze den Alltag auch hinsichtlich des jüdischen Bevölkerungsteils in Deutschland mitzubestimmen begannen, sollte es noch eine Reihe von Jahren dauern. Soweit nachweisbar, beteiligten sich Angehörige des schlesischen Judentums, nicht zuletzt der Breslauer Kaufmannschaft und Finanzwelt, seit etwa den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts am Industrialisierungsprozeß Oberschlesiens. Doch nicht nur das: nunmehr wurden sie sogar in einem nicht unerheblichen Ausmaß zu dessen Mitträgern. Dies hat man aber wohl auch der schon einmal angesprochenen Tatsache zuzuschreiben, daß die nüchtern abwägenden jüdischen Kaufleute und Bankiers Investitionen in Oberschlesien von diesem Zeitpunkt an als lohnend erkannten. Zu registrieren bleibt insgesamt, daß die aus dem Liberalismus erwachsende Emanzipation des Judentums und dessen sich abzeichnenden Aktivitäten in dem aufstrebenden ober-schlesischen Revier zeitlich etwa zusammenfallen, wobei Ursache und Wirkung deutlich erkennbar sind.

Die lange Reihe von Gründungen industrieller Unternehmungen, speziell von Bergwerks- und Hüttenwerken, durch Private setzte übrigens nach 1821 ein, und zwar, als die alten Mutungsbeschränkungen aufgehoben und Grubenfelder von etwa einem Quadratkilometer Umfang, der inzwischen gewachsenen technischen Größe der Unternehmungen entsprechend, zugelassen worden waren.⁸ An dieser Entwicklung waren die alteingesessenen Grundherren nicht mehr beteiligt. Der Grund hierfür ist insbesondere darin zu sehen, daß ihnen die erforderlichen finanziellen Mittel fehlten, um die aufwendigen Betriebe der Schwerindustrie auf- und auszubauen. Eine Ausnahme machten allein die Henckel v. Donnersmarck, die sich seit dem Teilungsvertrag von 1670 in zwei Zweige gespalten hatten: den Beuthen-Siemianowitzer und den Tarnowitz-Neudecker Zweig. Als Ausdruck ihrer Leistung sei auf die 1828 errichtete Bethlen-Falva-Hütte zu Schwientochlowitz und die 1835 erbaute Laurahütte bei Siemianowitz, eine der größten Anlagen Oberschlesiens, hingewiesen. Die bedeutendste Unternehmerpersönlichkeit der Familie Henckel v. Donnersmarck war Graf (seit 1901 Fürst) Guido (1830—1916); er baute sein Unternehmen seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem weltweit bekannten Konzern aus. Demgegenüber wurden die übrigen alteingesessenen Adelsfamilien von einer neuen Unternehmerschicht, teils aus Adeligen, teils aus Bürgerlichen bestehend, nach und nach weitgehend verdrängt.⁹

8) K. Fuchs: Wirtschaftliche Führungskräfte in Schlesien vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, in: *Führungskräfte der Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert 1790—1914*, Teil II, hrsg. von H. Helbig, Limburg/Lahn 1977, S. 68.

9) Ebenda.

Soweit nachweisbar, gehörten zu den frühesten erfolgreichen Engagements von Bürgerlichen jüdischer Herkunft die Bankiers Moritz Friedländer aus Gleiwitz und Simon Levy, der aus Beuthen stammte, sowie David Löwenfeld aus Breslau; sie gründeten 1840 das Kokshochofenwerk Friedens-Eisenhütte, die spätere Friedenshütte. Am 12. August 1851 wurde sie durch Andreas Maria Graf Renard erworben, der durch diesen Ankauf nach dem Grafen Henckel auf Siemianowitz zum größten Eisenindustriellen Oberschlesiens wurde. — Die Gründung der Friedens-Eisenhütte fiel übrigens in eine Zeit, da die bis dahin blühende Eisenkonjunktur sich bereits abzuschwächen begann. Die Anlage war auf einem vor der Stadt Beuthen gepachteten Gelände im Beuthener Schwarzwald als ein kleines Hochofenwerk errichtet worden, das mit Koks und einem Dampfgebläse arbeitete. Es zählte zu den zahlreichen Neugründungen jener Zeit, die ohne Rohstoffbasis, allein zum Zwecke eines späteren günstigen Verkaufs, errichtet worden waren. Ohne eigene Kohle und ohne eigenes Erz stand die Friedenshütte als ein wenig lebensfähiges Werk da, als die gute Eisenkonjunktur zu Ende ging. Angesichts derartiger Gegebenheiten vermochten die Gründer ihr Werk nur zehn Jahre zu halten, ehe Graf Renard es „mit händlerischer Schlaueit“ erwarb.¹⁰

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist durch ein ebenso erfolgreiches wie vielseitiges Engagement jüdischer Mitbürger zwar nicht gekennzeichnet, aber doch mitbestimmt. So war Moritz Friedländer bereits der „finanzielle Vertrauensmann“ des 1848 verstorbenen ober-schlesischen Zinkkönigs Carl Godulla gewesen. Und auch nach dem Verkauf der Friedenshütte blieb Friedländer im Revier aktiv, denn nach deren Verkauf erwarb er von der Besitzerin des Rittergutes Bobrek das Vorwerk Elisenuh. Unter der Oberfläche des Vorwerks lagen nämlich „vorzügliche Flöze“. Eigentümerin war die minderjährige Erbin Godullas, Johanna Gryczik, die spätere Gräfin Johanna Schaffgotsch. Als Friedländer der Vormundschaft den Ankauf des Vorwerks antrug, lehnte diese ab. Daraufhin gründete er eine Aktiengesellschaft zum Zwecke der Errichtung eines Hüttenwerkes auf dem Gelände des Vorwerks, die „Schlesische Bergwerks- und Hütten-AG Vulcan“; sie lag inmitten der Schaffgotschen Grubenfelder. Die königliche Genehmigung für die AG-Gründung wurde 1856 erteilt. Das Gründungskapital war auf 1 Million Taler festgesetzt worden, von denen 600 000 Taler eingezahlt wurden. Laut Satzung sollte die Gesellschaft Hochöfen, Puddel- und Walzwerkskokereien sowie Erzgruben, zudem Steinkohlengruben betreiben.¹¹

Vom Tage ihrer Gründung an stand die „Vulcan“ unter einem unglücklichen Stern; sie litt an zwei Übeln: einmal besaß sie keine ausreichende Rohstoffbasis, sodann fehlte ihr ausreichendes Betriebskapital. Als daher

10) A. Perlick: Oberschlesische Berg- und Hüttenleute, Kitzingen/M. (1953), S. 49 f., und K. Tanzer: Das Werden der ober-schlesischen Montanindustrie (maschinenschriftl. 1946), S. 46 (Zitat nach Tanzer).

11) H. Voltz: Die Bergwerks- und Hüttenverwaltungen des Oberschlesischen Industriebezirks, Kattowitz 1892, S. 198—213.

der erste Hochofen angeblasen wurde, zählte man bereits den dritten Werksleiter. Dieser, v. Kunowski mit Namen, war ein tüchtiger Eisenhüttenfachmann. Er hätte die Anlage sicher emporgeführt, wäre sie zu einem Gemischtwerk ausgebaut worden und nicht ohne eine eigene Rohstoffbasis gewesen. Als ein reines Hochofenwerk blieb sie jedoch ein Torso, der unrentabel bleiben mußte.¹²

Vor Übernahme seines Amtes hatte sich v. Kunowski neue Hüttenwerke in Belgien angesehen. Er war sich im klaren darüber, daß der Ausbau der Vulcanhütte zu einem Gemischtwerk eine Lebensfrage war. Deshalb forderte er die Summe von 200 000 Talern, um ein Puddel- und Walzwerk errichten zu können. Diese Summe wurde durch die Generalversammlung des Jahres 1861 bewilligt und der Aufsichtsrat beauftragt, das Geld zu beschaffen. Doch da die Mittel nicht bereitgestellt wurden, schied Kunowski 1866 aus den Diensten der Gesellschaft aus, denn angesichts der finanziellen Situation hielt er eine zum Erfolg führende Tätigkeit für ausgeschlossen.¹³

Kunowskis Nachfolger bei der Vulcan wurde Direktor Paletta. Ihm gelang es, die Bereitstellung des noch notwendigen Aktienkapitals durch die Ausgabe neuer Aktien zu erreichen. Angesichts der Lage der Gesellschaft mußten sie jedoch weit unter pari begeben werden. Ein Teil des so besorgten Geldes wurde für den Bau eines Eisenbahnanschlusses, der weit aus größere für den Ankauf von Erzfeldern aufgewendet. Da die Erzfelder sich als wenig ergiebig erwiesen und man den Bau eines Puddel- und Walzwerks vertagte, begab sich das Unternehmen seiner letzten Chance, seine Existenz zu sichern. Daher mußte die „Vulcan“ 1869 ihren Betrieb einstellen. Während der 14 Jahre ihrer Existenz hatte sie ihren Aktionären 7½ Taler pro Aktie an Dividende gezahlt.¹⁴

Bei der Versteigerung des Werkes nach der Stilllegung blieben die Söhne des Gründers der Vulcanhütte, die Bankiers Eduard Friedländer in Breslau und Dr. Otto Friedländer in Beuthen, Meistbietende. Für 150 000 Taler wurde ihnen die Vulcanhütte ausschließlich ihrer Erzfelder zugeschlagen.

Die beiden Brüder versuchten daraufhin, das Werk als „Moritzhütte“ — so nach dem Vornamen ihres Vaters benannt — neu zu beleben. „Die Hochöfen sollten in vergrößerten Abmessungen und mit modernsten Einrichtungen neu erstehen. Eigene Erzfelder und eine nach den neuesten Errungenschaften errichtete Kokerei sollten das Schmelzmaterial und den Brennstoff liefern. Puddel-, Walz- und Stahlwerke sollten an das Hochofenwerk angegliedert werden.“¹⁵

Doch noch ehe die Brüder Friedländer sich anschicken konnten, ihr Vorhaben zu realisieren, wandelte sich die Situation auf dem Eisenmarkt völlig; denn 1871 setzte bekanntlich ein ungeheurer Aufschwung der deutschen Wirtschaft ein, ausgelöst durch die französischen Reparationsleistungen. Für das Eisenwesen begann eine kurze Epoche erstaunlichen Ge-

12) Ebenda.

14) Ebenda.

13) Tanzer, S. 63.

15) Ebenda, S. 64.

deihens, in deren Verlauf die Eisenpreise steil anstiegen. Trotzdem wurde den Werken ihre Produktion förmlich aus der Hand gerissen.

Diese Situation nutzten die Brüder Friedländer, die Moritzhütte in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Sie reichten bei der Bezirksregierung in Oppeln die Satzung für eine neue AG ein, der sie den Namen „Moritzhütte, AG für Bergbau und Hüttenbetrieb“ gaben. Am 13. Dezember 1872 erhielten sie die königliche Genehmigung. Das Gründungskapital wurde auf 1 400 000 Taler festgesetzt und auch voll eingezahlt.¹⁶

Bekanntlich schlug der Boom bereits 1873 in eine schwere und lang anhaltende Rezession um. Sie hatte ein starkes Absinken des Absatzes und der Preise im Gefolge. Die Moritzhütte wurde durch sie mit voller Wucht getroffen. Obwohl auf dem Hüttenbetrieb 1874 lediglich 58 000 Ztr. Roheisen erblasen worden waren, lagerten Ende dieses Jahres aus der Produktion 1873/74 160 000 Ztr. auf seinen Bestandsplätzen. Daher mußten 1875 und 1876 sämtliche Hochöfen stillgelegt werden. 1877 ruhte im gesamten Werk der Betrieb. Der Aufsichtsrat zählte in jenen schwierigen Jahren als Mitglieder Dr. Otto Friedländer, Eduard Friedländer, Adolf Werthner, Siegmund Sachs und Moritz Cohn. Ob das Ausmaß des Desasters bei der Moritzhütte auch damit zusammenhing, daß nicht ein einziger Eisenfachmann im Aufsichtsrat saß, ist eine Frage, die sich kaum beantworten läßt.¹⁷

Im Juli 1877 konnte der kleinste der Hochöfen und im November des gleichen Jahres ein zweiter Hochofen wieder angeblasen werden. Doch in der Generalversammlung mußten die aus dieser Tatsache abgeleiteten Hoffnungen wieder begraben werden, denn der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der Bankier Eduard Friedländer, teilte hier mit, daß das erzeugte Roheisen unter den Gesteigungskosten hatte verkauft werden müssen. Die dadurch entstandene Unterbilanz wurde durch die Zusammenlegung der Aktien ausgeglichen.¹⁸

Die anhaltend schwierige Lage auf dem Eisenmarkt brachte der Gesellschaft im Jahre 1880 einen Verlust von 1 Million Mark. Gleichwohl war den Aktionären bis zu diesem Zeitpunkt auf die 100-Markt-Aktie eine Dividende in Höhe von 5 Mark gezahlt worden. Angesichts der aus dieser Situation resultierenden Verluste mußte der Hauptaktionär Dr. Otto Friedländer den Konkurs anmelden. Er war insbesondere durch den fehlgeschlagenen Versuch, die Heynitzgrube zu erschließen, in den Bankrott getrieben worden. Mit Otto Friedländers Konkurs war auch das Schicksal der Moritzhütte besiegelt; über sie wurde der Konkurs verhängt.¹⁹ Daraufhin erwarben im Juli 1885 die Inhaber der Firma M. J.

16) Ebenda.

17) Zur Wirtschaftskrise der Jahre 1873 ff. vgl. u. a. M. Müller-Jabusch: So waren die Gründerjahre, Düsseldorf 1957; H. Rosenberg: Große Depression und Bismackzeit, Berlin 1967; F.-W. Henning: Die Industrialisierung in Deutschland 1800—1914, Paderborn 1973, S. 203 ff.

18) Tanzer, S. 63 ff.

19) Ebenda, S. 65.

Caro & Sohn in Breslau die Moritzhütte aus der Konkursmasse; sie zahlten hierfür nur „einige hunderttausend Mark“. Nach dem Vornamen einer der Gattinnen der Inhaber des Unternehmens Caro wurde die Moritzhütte in „Julienhütte“ umbenannt und als solche weitergeführt.²⁰

Mit der Firma M. J. Caro & Sohn ist eine der bedeutendsten jüdischen Unternehmerfamilien Schlesiens angesprochen.²¹ Bereits in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts befaßte sich die Familie Caro in Breslau mit dem Verkauf von landesüblichen Eisensorten. 1848 erwarb sie unter der Firma M. J. Caro & Sohn in Laband bei Gleiwitz eine an der Klodnitz gelegene Mühle sowie ein kleines Hüttenwerk, auf dem heimisches Roheisen verpuddelt und zu feinprofilierem Stabeisen ausgewalzt wurde. Robert Caro, der Gründer des Etablissements, nannte es nach dem Namen seiner Gattin „Herminenhütte“. Zu seinem technischen Leiter bestellte er seinen Schwager Alois Kern, während er die kaufmännischen Angelegenheiten dessen Bruder Heinrich übertrug, einem ebenso tüchtigen wie erfolgreichen jüdischen Unternehmer Schlesiens.²² Zunächst einmal ist zu registrieren, daß es der Hingabe und Tüchtigkeit der beiden Brüder zuzuschreiben ist, daß das Labander Werk nicht nur den schwierigen Zeitabschnitt für die schlesische und darüber hinaus die deutsche und europäische Wirtschaft von 1857 bis etwa 1865²³ überstand, sondern seine Produktionsanlagen während jener Jahre sogar noch in einem bescheidenen Umfang zu erweitern vermochte.²⁴

Dem Können und Wollen Heinrich Kerns konnte ein so kleines Werk wie das zu Laband auf die Dauer nicht genügen. Daher schied er im Jahre 1865 aus den Diensten seines Schwagers Robert Caro aus und errichtete zu Gleiwitz ein Drahtwerk, das als Heinrich Kern & Co. firmierte. Der Drahtherstellung hatte Kern sich aus der Erkenntnis heraus zugewandt, daß der bisher einzige Drahtproduzent Oberschlesiens, Wilhelm Hegenscheidt²⁵, hier erfolgreich wirkte und daß dieser Produktionszweig günstige Zukunftschancen in sich barg.

20) Ebenda, S. 63 ff.

21) Vgl. hierzu u. a.: Zum 100jährigen Jubiläum der Firma M. J. Caro, in: Kohle und Erz, 1909, S. 359; Oscar Caro (†), in: Stahl und Eisen 51 (1931), S. 1304; P.-G. B u d n i o k : Die geschichtliche Entwicklung der ostoberschlesischen Eisenindustrie, Wirtsch.- u. sozialwiss. Diss. Frankfurt/M. 1940; H. L a c h o t t a : Kohle, Zink und Eisen, Berlin 1941, S. 66; K. T a n z e r : Oberschlesische Eisenindustrie, in: Stahl und Eisen 72 (1952), S. 573; L. L u s t i g : Dr. jur. Georg v. Caro (†), in: Jahresber. d. Schles. Gesellsch. f. vaterländ. Kultur 91, I (1913), S. 6—8.

22) Vgl. hierzu auf der gleichen Seite weiter unten.

23) Vgl. hierzu H. Rosenberg: Die Weltwirtschaftskrise 1857—1859, Göttingen 1974.

24) T a n z e r, Das Werden der ober-schlesischen Montanindustrie, S. 93.

25) Zu Wilhelm Hegenscheidt vgl. u. a.: Commerzienrat Hegenscheidt (†), in: Stahl und Eisen 11 (1891), S. 349; Drahtseile von Hegenscheidt, in: Jb. f. Berg- u. Hüttenwesen I (1859), S. 12—13; K. F u c h s : Wilhelm Hegenscheidt. Zur Geschichte eines ober-schlesischen Unternehmens vor und nach 1945 (im Druck).

Heinrich Kerns Werksanlagen²⁶, die er unmittelbar neben denen von Hegenscheidt errichtete, erreichten schnell erhebliche Ausmaße, und dies vor allem deshalb, weil er seinem Schwager Robert Caro hatte klar machen können, daß ein Drahtwerk der Herminenhütte zum Vorteil gereichen werde, da diese zum Zulieferer für die Drahtfabrikation werden könne. Daraufhin beteiligte Caro sich an der Kernschen Fabrik, die in einer früheren Glasfabrik untergebracht war. Hegenscheidt konnte bald nicht nur eingeholt, sondern sogar überholt werden, allerdings nur mengenmäßig, keineswegs aber qualitätsmäßig.

Hinsichtlich der Qualität der Produkte Kerns trat eine Änderung ein, als im Jahre 1881 Viktor Zuckerkanndl — wie Kern jüdischer Herkunft —, nachdem er als Oberleutnant beim k. u. k. Deutschmeisterregiment in Wien seinen Abschied genommen hatte, die Leitung des Kernschen Drahtwerks übernahm.²⁷ Nunmehr wurden die Kernschen Erzeugnisse den Hegenscheidtschen gleichwertig; trotzdem konnten sie wie bisher billiger als die Hegenscheidtschen produziert werden. Daraufhin kam es zwischen den beiden Unternehmen zu einem geradezu ruinösen Preiskampf. Im Zusammenhang mit dem Preiskampf ist auch der Erwerb der Moritzhütte durch die Firma M. J. Caro & Sohn, genauer durch die beiden Söhne Georg und Oskar des inzwischen verstorbenen Firmengründers Robert Caro, zu sehen. Sie nämlich, Neffen Heinrich Kerns, waren an der Firma Heinrich Kern & Co. beteiligt. Der Betriebsablauf im Kernschen Unternehmen konnte nunmehr folgendermaßen organisiert werden: Eine im Jahre 1873 von der Oberschlesischen Eisenbahn gepachtete Kokerei, die in Zabrze (dem späteren Hindenburg) lag, lieferte der Moritzhütte, von der jetzt das Vormaterial für die Drahterzeugung bezogen wurde, den Koks. Somit war das Unternehmen Heinrich Kern & Co. auf Zulieferer nicht mehr angewiesen. Dies befähigte sie, den Preiskampf mit Hegenscheidt durchzustehen, denn da keine Produkte hinzugekauft werden mußten, war man hinsichtlich der Preisgestaltung recht flexibel.

Da aber auf die Dauer beide Drahthersteller kaum ohne Nachteile aus ihrem gegenseitigen Wettbewerb hervorgegangen wären, suchte man eine Einigung zu erreichen. Sie gelang schließlich den beiden Betriebsleitern Viktor Zuckerkanndl und Alexander Israel, seit 1866 in Hegenscheidts Diensten stehend. Beide waren übrigens außergewöhnlich begabt, energisch und enorm fleißig, aber keine Fachleute.²⁸ Das Verhandlungsergeb-

26) Zu Heinrich Kern vgl. Perlick, S. 79.

27) Zu Viktor Zuckerkanndl: Viktor Zuckerkanndl (†), in: Stahl und Eisen 47 (1927), S. 479; Zs. d. oberschles. Berg- u. Hüttenmännischen Vereins 66 (1927), S. 198; Montanist. Rundschau 1927, S. 139 f.; Perlick, S. 191 f. (Zuckerkanndl wurde am 11. 4. 1851 geb.; er starb am 10. 2. 1927 zu Berlin).

28) Zu Alexander Israel: Am 11. 2. 1839 in der Oberförsterei Kneja bei Zembowitz im Kreise Oppeln als Sohn des Oberförsters Johann Konrad Israel geboren, widmete er sich nach dem Besuch des Gleiwitzer Gymnasiums als Einjähriger dem Hüttenfach. Als Premierleutnant nahm er an den Kriegen von 1864 und 1866 teil; dann trat er in das Unternehmen Hegenscheidt ein. Hier

nis sah folgendermaßen aus: Die das Vormaterial herstellenden Betriebe — die Julienhütte, die Baildonhütte sowie die Herminenhütte mit Erzfeldern und Kalksteinbrüchen — vereinigte man unter dem Firmennamen „Oberschlesische Eisenindustrie AG für Eisenhüttenbetrieb und Bergbau“; die neue Gesellschaft wurde mit einem Grundkapital von 8 Mill. Mark ausgestattet. Die beiden Drahtwerke, mit einem Grundkapital von 4,8 Mill. Mark versehen, schlossen sich als „Oberschlesische Drahtindustrie AG“ zusammen. Am 1. Januar 1887 nahmen die neuen Gesellschaften ihre Tätigkeit auf.

Weil sich jedoch schon bald nach Gründung der beiden Gesellschaften Rivalitäten und Eifersüchteleien im Verwaltungsapparat einstellten, erfolgte mit Wirkung vom 1. Januar 1889 ihr Zusammenschluß zur „Oberschlesische[n] Eisenindustrie AG für Eisenhüttenwesen und Bergbau“.²⁹

Das neue Unternehmen nahm eine überaus bemerkenswerte Entwicklung, die lediglich für die Zeit der Anfangsjahre skizziert werden soll: Das Vormaterial bezog das Drahtwalzwerk von der Herminen- und Baildonhütte. Die Friedenshütte wurde — und zwar im Austausch gegen Roheisen der Julienhütte — als Lieferant von Thomasstahl herangezogen; er erwies sich für die Produktion des Drahtmaterials als hervorragend geeignet. Die in den folgenden Jahren steigenden Ansprüche an die Bruchfestigkeit der Förderseile, insbesondere im Bergbau, führten 1891 zur Errichtung eines Siemens-Martin-Stahlwerks auf dem Gelände der Baildonhütte. Den zunächst noch von westdeutschen Werken bezogenen Edelstahl lieferte vom Jahre 1895 an die Bismarckhütte.³⁰ Im Jahre 1909 schließlich kam es auf der Baildonhütte zum Bau eines Elektrostahlwerks, das hochwertige Edelstähle produzierte.³¹ Die Herminenhütte begann 1895 mit dem Walzen feinsten Bandeisens und Bleche; angegliedert wurde ihr ein Kaltwalzwerk, später sogar ein Nickelwerk.³² — Einen besonderen Aufschwung nahm die Julienhütte. Mit ihren sechs Hochöfen belieferte sie die Baildon-, die Herminen- und die Friedenshütte mit Roheisen. Durch die Pachtung der Gräfllich-Donnersmarckschen Erzfelder bei Tarnowitz im Jahre 1889 konnte eine solide Grundlage zur Versorgung der Julienhütte mit heimischen Erzen erreicht werden.³³ Mithin war 1889 ein bemerkenswerter, sich gegenseitig ergänzender, konkurrenzfähiger und damit das Oberschlesische Revier stärkender Konzern entstanden.

Die genannte Bismarckhütte geht ebenfalls auf Initiativen schlesisch-jüdischer Bürger zurück. Angesichts der boomartigen Entwicklung der

wirkte er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1902. Israel starb am 16. 4. 1922 zu Berlin. Vgl. hierzu Perlick, S. 191.

29) Das Aktienkapital der erweiterten Gesellschaft belief sich auf 17 250 000 Mark. Tanzer, Das Werden der ober-schlesischen Montanindustrie, S. 97.

30) Vgl. hierzu weiter unten.

31) Fuchs, Wilhelm Hegenscheidt.

32) Das Nickelwerk ging später gegen Überlassung eines beträchtlichen Aktienpaketes an die Westfälischen Nickelwerke, Witte & Co., in Schwerte a. d. Ruhr, über. Tanzer, Das Werden der ober-schlesischen Montanindustrie, S. 97.

33) Tanzer, Das Werden der ober-schlesischen Montanindustrie, S. 97.

schlesischen und darüber hinaus der deutschen Wirtschaft seit 1871, der eine allseitige Erweiterung der bestehenden Betriebseinrichtungen hervorrief, reichten im Sommer 1872 die Kattowitzer Financiers Sachs, Hammer und Rosse bei der Oppelner Bezirksregierung die Satzung für eine neu zu gründende Gesellschaft ein. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 23. September 1872. Offenbar mit Rücksicht auf den Wohnort der drei Gründer nannte sich das neue Unternehmen „Kattowitzer AG für Eisenhüttenbetrieb in Kattowitz“, obwohl sein Standort ein Gelände in der Gemarkung Ober-Heiduk bei Königshütte war.³⁴

Bau und spätere Betriebsleitung der Gesellschaft übertrugen die Gründer Wilhelm Kollmann, zu jener Zeit Hütteninspektor der Baildonhütte, als der er ein erstaunliches Organisationstalent und praktischen Sinn bewiesen hatte. Kollmann, ein begeisterter Verehrer Bismarcks, setzte durch, daß das Unternehmen ein Jahr nach seiner Gründung in „Bismarckhütte AG für Eisenhüttenbetrieb in Ober-Heiduk“ umbenannt wurde. Der Volksmund allerdings nannte das Werk — unter Anspielung auf die drei Gründer — „Sächsisches Hammerwerk mit Rossebetrieb“.

Die Bismarckhütte wurde unter Kollmanns Leitung, die er bis zum Jahre 1908 innehatte, zu einem erstklassigen Verfeinerungsunternehmen mit einem umfangreichen Erzeugungsprogramm entwickelt. Wohl war sie ursprünglich als ein reines Puddel- und Walzwerk konzipiert; doch die Produktion von hochwertigen Spezialerzeugnissen machte sie schon im zweiten Jahr ihres Bestehens im In- und Ausland bekannt. Und 1878, im sechsten Jahr ihres Bestehens, konnte fast die gesamte Jahresproduktion in Höhe von 193 200 Ztr. in England, dem damals führenden Eisenland, abgesetzt werden. Kollmann erbrachte den Beweis dafür, daß es allein von der Betriebsführung abhing, wenn oberschlesische Produkte im In- und Ausland, ja selbst im industriell fortschrittlichen Großbritannien, ihren Markt fanden. Die periphere Lage des Reviers war mithin kein Hindernis für den Absatz seiner Produkte in den Zentren selbst der bedeutendsten eisenerzeugenden Industrieregionen, vorausgesetzt, daß dort konkurrenzfähige, besser noch konkurrenzlose Erzeugnisse angeboten wurden.³⁵

Die Rolle des schlesischen Judentums bei der Entwicklung der ober-schlesischen Industrie war vielfältig und, wenn auch nicht immer erfolgreich, in einer Reihe von Fällen von nachhaltiger Wirksamkeit, so im Falle der „Oberschlesischen Eisenindustrie AG für Eisenhüttenwesen und

34) Ebenda, S. 80.

35) Vgl. hierzu K. Fuchs: Die Bismarckhütte in Oberschlesien. Ein Beitrag zur ober-schlesischen Industriegeschichte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Tradition. Zs. f. Firmengesch. u. Unternehmerbiographie 5 (1970), S. 255—272; ders.: Wilhelm Kollmann und seine Bedeutung für die ober-schlesische Eisen- und Blechindustrie 1870—1908, in: ZfO 25 (1976), S. 276—291. — Zu den bedeutenden Unternehmerpersönlichkeiten Fritz von Friedländer-Fuld und Leo Lustig soll, da sie in erheblichem Umfang über Oberschlesien hinauswirkten, in gesonderten Beiträgen Stellung genommen werden.

Bergbau“, als „Obereisen“, wie sie zunächst im Börsenjargon genannt wurde, im In- und Ausland bekannt, oder der „Bismarckhütte“. Ohne das Engagement und die Risikobereitschaft jüdischer Mitbürger hätte das Oberschlesische Revier kaum die Bedeutung erlangen können, der es sich erfreute und deren Auswirkungen über die Zeit von 1918 und 1945 hinaus bis auf den heutigen Tag unübersehbar sind.

Summary

On the Silesian Jewry's Role in the Economic Development of Upper Silesia

Two facts decisively imprinted the development of the Silesian, particularly the Upper Silesian, economy since the end of the 1813/14 Wars of Liberation: 1. the economy of Liberalism gaining dominance and looked upon to bring the hoped-for unhindered display of talents and abilities of the individual as well as a permanent progress in the field of economy and social order; 2. the reform work of Stein and Hardenberg. Upon the progress of Jewish emancipation under way since the 18th century, both had considerable influence.

To the earliest middle-class people of Jewish descent successfully engaged in the economic development of Upper Silesia belonged — as far as can be proved — Moritz Friedländer, Simon Levy, and David Löwenfeld; in 1840 they set up the coke-furnace works *Friedens-Eisenhütte*, later becoming *Friedenshütte*. Since about the second half of the 19th century, the Jewish fellow-citizens' engagement in the process of industrialisation of Upper Silesia intensified. Of the remarkably great number of Jews displaying their activity in Upper Silesia, some of the most important were M. J. Caro from Breslau, who bought a small foundry in Laband near Gleiwitz in 1848, also Alois and Heinrich Kern, dedicating themselves to wire manufacturing in Gleiwitz.

The functions of the Silesian Jewry at the development of Upper Silesian industry were manifold, and in a number of cases of lasting effect, not merely for the Upper Silesian but, moreover, for the German economy, and thus with consequences for the international economy at large.